

**Bezugspreis**  
Für Halle wöchentlich 2,50 M., durch die Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befreiung.  
Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten, für Halle von der unterzeichneten Expedition, mit dem bekannten Aufgabestellen manuskript angenommen.  
Kammer 3882, bei amtlichen Zeitungs-Verzeichnissen.  
Für die Redaktion verantwortlich  
S. B. Albert Freitag in Halle.  
[Fernsprecher-Verbindung mit Berlin und Leipzig.]  
Anfangs-Nr. 176.

# Landes-Zeitung.

(Der Bote für das Saalkthal.)

Hundertundzweizehnter Jahrgang.

**Anzeigen**  
werden die Spalten ober dem Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von weiteren Annoncenstellen und allen anderen Expeditionen angenommen.  
Bestanden die Seite 60 Pfg.  
Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen.  
[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nur mit voller Quellenangabe gestattet.]

**Nr. 54. Halle a. d. Saale, Donnerstag den 5. März 1891.**

**Bestellungen**  
auf die Saale-Zeitung für den Monat März werden von allen Reichspostanstalten, für Halle von der unterzeichneten Expedition, mit dem bekannten Aufgabestellen manuskript angenommen.  
**Die Expedition.**

**Italien im Dreibunde.**  
Die letzten Nachrichten aus Rom über die Vorgänge in der Kammer müssen auf deutsche Leser einen wenig erfreulichen Eindruck machen. Das Cabinet Rudini-Nicolaia findet offenbar keine feste Mehrheit vor, eine Katastrophe, von der wir zunächst nicht reden möchten, ob sie uns an und für sich besonders tief zu schmerzen hat. Denn das Ministerium als ein staatsintentionales, welches den schwierigen Versuch macht, entgegengelegte Tendenzen in sich zu vereinen, ist durch diese seine Natur nach durch die Notwendigkeit weitgehender Kompromisse zu einer Salbung gezwungen, bei der der Charakter des Verhältnisses Italiens im Dreibunde leicht verwischt werden könnte. Nach der äusseren Rechte wie nach der äusseren Linken ist erstreckt das neue Cabinet keine fähigsten, und zu der sogenannten Mehrheit, von der sich vielleicht schon demnächst herabschleift, dass sie gar keine ist, gebören somit jene französischen fremden Elemente, die, wie der Senator Jacini, die Dreibund-Politik geradezu hassen, und auf der anderen Seite jene mit der Irredentia liebhabenden oder gar mit ihr identischen Richtungen, denen ein gutes Verhältnis zum Donauraum ein Greuel ist, und die sich allenfalls mit uns, niemals aber mit dem Wiener Cabinet erträglich stellen können. Dazu kommt, dass dem Ministerpräsidenten Rudini nicht die Fähigkeiten zugetraut werden, diese unendlich schwierige Frage mit der erforderlichen Weisung von Anpassungsfähigkeit und Herrschaft zu bewältigen. Rudini ist kein Crispi, und Nicolaia ist es auch nicht. Crispi selber aber, dessen politische Kaufkraft gewiss nicht bestritten ist, hat in seiner Negativität und ergreift nicht die Schritte, in denen er in den letzten Monaten seiner Ministerpräsidentenschaft gesehen und im letzten Zeitpunkt gegen sich anspricht, das doch wohl ein längerer Zeitraum nötig ist, als diese frühen Wunden wieder zu heilen. Daraus allerdings mag er mit Recht hoffen dürfen, wieder an die erste Stelle zu gelangen, wobei freilich seine Sicherheit gegeben ist, doch er aber ein auf derselben Linie sich bewegender Staatsmann eine Lage vorfinden werde, die die nötige Klarheit zu der Crispi'schen Politik gestattet.

Die gegenwärtigen Verhandlungen in der italienischen Deputiertenkammer beweisen, dass das neue Ministerium sich höchstens von Fall zu Fall wird behaupten können. Es liegt in der Konsequenz der Entwicklung der italienischen inneren Politik wie der gesamten Parteiverhältnisse, dass in allen entscheidenden Fragen die auswärtige Politik stets eine wichtige und überragende Rolle spielt. Darum sind unsere Interessen, die ja doch auf die ungeschmälerte Erhaltung des Dreibundes gehen müssen, auch an die Bestimmungen der italienischen Kammer über Angelegenheiten gedrängt, die uns an sich gleichgültig sein könnten. Für kein anderes Land überdies liegt sich die auswärtige Politik in solchem Grade und so stark in unsere Politik ein, wie für Italien. Denn der Feindschaft und Feindlichkeit veranlagt das Königreich ein Werk auszuüben, welches wirtschaftlichen Lage, und aus Wundstellen und Gegenständen resultiert gleichwohl, die Notwendigkeit von Maßnahmen, die bei den nicht unbedenklichen Finanzumständen und bei der mangelnden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung doppelt hart empfunden werden. Wer deshalb den Italienern sagt, dass sie durch das Einschlagen neuer Wege in der auswärtigen Politik zu einer Entlastung in wirtschaftlicher Hinsicht gelangen könnten, der wird gering angeschaut, und die Demagogie, die sich sonst nur oder doch zumeist auf innere Angelegenheiten zu erstrecken pflegt, blickt in Italien am stärksten in Sachen der auswärtigen Angelegenheiten. Der Irredentismus ist eine weit ernstere zu nehmende Macht als die französische Patriotentoga.

Es ist wohl selbstverständlich, dass die italienische Regierung, welchen Namen auch das Cabinet tragen möge, an den übernommenen Verpflichtungen gegen ihre Verbündeten festhalten wird, und wir glauben nicht, dass in dieser Hinsicht in Berlin oder in Wien aktuelle Verzögerungen bestehen. Aber Verträge können auf sehr verschiedene Weise erfüllt werden, und wenn dann kann auch die löblichste Erfüllung unter Umständen wertlos werden. Gemäß ist es noch nicht gegeben, was dazu berechtigte auch Umständen der auswärtigen Politik des Königreichs zu bekämpfen oder auch nur für die nächste Zeit zu befürchten. Inzwischen an allerlei kleinen Fortkommen, die das Bild der Lage etwas anders schattieren, als wie es sich bisher darbot, hat es leider doch nicht gefehlt. Ein wichtiger Angriff des schon genannten Senators Jacini gegen den Dreibund ist von Blättern, denen man nachsagt, dass sie mit der neuen Regierung Fühlung haben, nicht nur nicht zurückgewiesen worden, sondern diesen Einschüpfungen ist durch Abdruck in jenen Organen, die sich auf Kommentare nicht einlassen, eine noch weitere Verbreitung gegeben worden. Jacini aber gehört in der Kammer zu den erklärten Gegnern des Cabinets Rudini, und Bonghi, der gleichfalls zu den Feinden der Regierung zählt, hat von seinen bekannten Sympathien für die romanische Schwermeterie nicht das Geringste aufgegeben; er ist heute mehr denn je überzeugt, dass die Italiener ohne mächtige gute Beziehungen zu Frankreich zu einem Werkzeuge in der Hand der verbündeten Mächte werden müssen. Er ist immerwährend nicht erkennt, dass das Königreich im ungeliebten Falle erst recht der einfache Mandatar französischer Wünsche und Begehrlichkeiten zu sein hätte.

Am Ende geschieht es wohl noch gar, dass das Ufermaas des in Frankreich aufgespeicherten Postes gegen Italien das Königreich vor der Gefahr behauptet, den Dreibund zu ledern. Die Franzosen haben mit einer solchen verkehrten Politik schon einmal Italien an unsere Seite geführt, und wenn nicht die Bezeugung von Tunis und die wirtschaftspolitischen Drangsalierungen Italiens durch Frankreich gewesen wären, so würde der Dreibund vielleicht heute noch ein unerreichbares Ziel sein. Die Kopflosigkeit der pariser Presse, die, wie erst die jüngsten Vorgänge gelegentlich des Besuchs der Kaiserin Friedrich gezeigt haben, einen so unheilvollen Einfluss auf die Entschlüsse der Regierung ausübt, hat es auch jetzt wieder verhindert, dass, obwohl die Lage für französische Mächtschaften nicht unangenehm war, allerlei Annäherungsmöglichkeiten vernachlässigt wurden. Den ephemerischen Feinden der Dreibund-Politik in Italien kommt es zu fallen, dass die französische Begehrlichkeit auf Tripolis neuerdings zu einigen bedeutenden Regungen geführt hat, und dass Frankreich den wirtschaftspolitischen Kampf gegen Italien nicht aufgeben zu wollen scheint. Offenbar ist Italien, seine Regierung wie seine Nation, durch Reaktionen aller Art würde gemacht werden. Es ist das aber eine Politik, die sich ein großes Volk und eine Großmacht nicht gefallen lassen werden, und zu deren Durchführung überdies eine Steiligkeit der politischen Infiniten und Tendenzen gehört, wie sie die französische Regierung seit langem hat entbehren müssen.

Wir brauchen nach alledem nicht zu befürchten, dass heute oder morgen eine Abspitzung Italiens von der Dreibund-Politik erfolgt. So fest wie unter Crispi allerdings ist das Band wohl nicht mehr, aber es hat doch auch sein Gutes, dass die verbündeten Mächte einmal die Probe auf ein etwas differenziertes Verhältnis machen können. Ein solches Bündnis ist ja niemals auf die Personen der leitenden Staatsmänner allein zugeschnitten und darf es nicht sein. Der Dreibund hat den Ministern des Fürsten Bismarck, seines italienischen Freundes und, zuvor schon, Trizias, des Mitbegründers, überdauert, ohne an seinen eigentlichen Wegen Schaden genommen zu haben. Das ist in dem noch eine Ehrendinge, die über vereinzelte Schwankungen im sonst gleichmäßigen Gange der Bündnispolitik hinwegsehen vermag. Der Dreibund wird durch das Cabinet Rudini überdauern, was freilich an sich nicht viel bezeugen will, weil dies Cabinet schwerlich ein hohes Lebensalter erreichen wird. Aber ob es so oder so, die deutsche Friedenspolitik wird unter allen Umständen dieselbe bleiben müssen, und die Erfolge von zwei Jahrzehnten werden ihr nicht verloren gehen, wenn anders der Grundzug falltätiger Festigkeit beibehalten wird, die so lange im Auf und Ab der europäischen Ereignisse den ruhenden Pol gebildet hat, uns und dem Weltteil zum Frommen.

Von anderer Seite wird uns über das in obigem Leitartikel behandelte Thema geschrieben:

Der römische Korrespondent des „Journ. des Debats“ will von einer hervorragenden Persönlichkeit erfahren haben, der Dreibundvertrag werde von Italien voraussichtlich nicht erneuert werden. Es ist sehr leicht zu verstehen, dass dieser Nachricht alsbald ein Dementi folgen wird, aber es ist auch gewiss, dass bestimmte gegenwärtige Ablegungen allwählig etwas in Misstrauen gerathen sind. Und an symptomatischen Anzeichen für eine Verhinderung der politischen Konstellation fehlt es schon seit längerer Zeit nicht. Der Bündnisvertrag zwischen Deutschland und Italien läuft bis Anfang 1892; ob er erneuert wird, weiß heute noch kein Mensch. In Neapel sollte, wie der „Figaro“ i. Z. meldete, Herr Crispi die Verlängerung abgelehnt haben, da man nicht wissen könne, wie im Frühjahr 1892 Italiens Freund und Feind sei. In Florenz — am 8. Okt. 1890 — hätte sich Crispi wieder in diplomatisches Schweigen. Er erklärte, es sei Italien nach dem Berliner Kongress „nichts übrig geblieben“, als dem deutsch-österreichischen Bündnis beizutreten, wenn es einen „Bund der katolischen Mächte“ verhindern wollte; und er fügte hinzu, er könne so wenig wie irgend ein Anderer das in Europa denken, „ohne die Mission jenes Frankreichs, das der sympathische Ausdruck der modernen Zivilisation und dessen Anziehungskraft unversehrt sei.“ Schon damals hatte man, trotz der schwachen und herabgezogenen Gründe, aus diesen Seiten ein näheres Verhältnis zu der demokratischen und nicht mehr ausgeprochenen katholischen französischen Republik dem geschickten Staatspolitiker nicht unermüdet. Jedenfalls ließ die florentiner Rede die Dreibund-Frage offen. Anzuweisen ist Crispi gefallen und sein Nachfolger Rudini ist zwar kein Gegner der bisherigen Bündnispolitik, aber er ist zu freundschaftlicher Annäherung an Frankreich offenbar noch weit mehr bereit als Crispi, dessen politische Prestige nun einmal mit dem Dreibund verknüpft war. Wenn man das von dem neuen Finanzminister Luzzatti am Montag in der italienischen Kammer eingebrachte Budget prüft, so findet man, dass die Regierung 10,800,000 Lire von dem Kriegsbudget und 6,500,000 Lire von dem Marinebudget abgetrieben hat. Das damit die Wehrfähigkeit Italiens und seine Bedeutung als leistungsfähiges Glied des Dreibundes immerhin erheblich vermindert wird, kann durch seine politische Bewusstseinsverfassung nicht werden. Es fehlt denn auch nicht an Bestrebungen, die Italien immer wieder von allen Seiten überrücken wollen; angeführt der letzten pariser Ereignisse hat namentlich die „Tribuna“, in diesem Sinne zu wirken versucht. Crispi soll entschlossen sein, sein ganzes Ansehen im Parlament gegen die Schwächung der Wehrkraft einzusetzen, und seine „Mifforma“ schreibt im

Anschluss an die pariser Hebe: „Unter diesen Umständen, deren schwere Bedeutung man da sie allen klar ist, gar nicht zu übersehen braucht, in diesem Hinblick Augenblicke geht man bei uns daran, einerseits die Bündnisse in ihrer moralischen Kraft zu schwächen, indem sie selbst in den Reaktionskreisen überaus erörtert und schon dadurch die Kriegesgefahr vergrößert, und andererseits eine Schwächung unserer Wehrmacht zu fordern. Selbst wenn diese Bestrebungen nur von kurzer Dauer sein sollten, würden sie der Annahme Vorzug leisten, dass unsere leitenden Männer wiederum in einer Periode staatsmännischer Blindheit angefangen sind, welche dem Lande schon einmal so gefährlich wurde und die Verfestigung zu einem lauten Protest gegen die Regierung veranlasste.“ Man sieht also, dass auch in Italien über die Politik von morgen noch wöllige Unklarheit herrscht. Es ist zu hoffen, dass die von dem Abg. Lucifero so angeführte Interpellation über die Zukunft der Bündnisverträge dem Ministerpräsidenten Rudini Veranlassung geben wird, mit der wichtigsten Wertung Frankreich vorzuliegen, ob er heute gegen Irredentismus und nationalistische Annäherung und zum Schutze der Großmachtstellung Italiens eine bessere Schwächung gefunden zu haben glaubt, als sie zum Heil aller Beteiligten bisher der Dreibund bot.

## Deutsches Reich.

**Berlin, 3. März.** Der Kaiser wollte gestern Abend bei der Vorstellung von „Bar und Zimmermann“ im königl. Opernhaus bei. Heute vormittag hörte er die Mail auf dem Rückwege von seiner Jagdpartei im Ausspannen Amt den Vortrag des Staatssekretärs der auswärtigen Angelegenheiten Freiherrn v. Marschall, nahm dann im Schloß die regelmäßig eintreffenden und die persönlichen Meldungen des aus Wien hier eingetroffenen kommandierenden Generals des 6. Armee-Korps, Generals der Infanterie v. Seckl und a. d. anderen anderer Militärs entgegen und empfing auch den Sec.-Lieutenant im 4. Garde-Regiment s. B. v. Draigall, welcher die Orden seines kürzlich verstorbenen Onkels, des Generals der Kavallerie v. B. v. Draigall, in die Hände des Kaisers zurücklegte. Heute nachmittag wird der Kaiser eine Einladung des Staatsministers, Staatssekretärs des Innern v. Bötticher zum Abend empfangen. Bei der morgigen Abend bei den Ministern stattfinden müssen, ist die Mitteilung über 750 Einladungen ergangen. Wie verlautet, dürfte Prinz Heinrich in diesem Sommer sein Vorbereitungsstudium, sondern auf seinen jetzigen Posten eines Commandeurs der 1. Infanterie-Division verbleiben. Man spricht davon, dass Prinz Heinrich in der kommenden Reisezeit sich nach Ungarn begeben und eine ihm von dem Kaiser gewünschte Jagd selbst nach Deutschland führen werde. — Aus London berichtet uns ein Telegramm von heute: Die Königin Victoria und die Kaiserin Friedrich sind heute mittag in Badingham-Balast eingetroffen, um dort einen Besuchsbesuch abzugeben. Die Königin hatte der Kaiserin Friedrich die rechte Seite des Thrones einnehmen. Die Vertheilungen wurden auf dem Thron sowohl wie vor dem Palast von der zahlreich versammelten Menge eifrigst beobachtet.

**Berlin, 4. März.** In wohlunterrichteten Kreisen nimmt man jetzt an, Herr v. Wabnitz werde, sobald sich ihm bei der Erörterung bestimmter technischer Fragen die Gelegenheit dazu bietet, selbst einen Misstrauensantrag und einem Nachfolger das Ziel überlassen. Seit einiger Zeit hat, wie aus seiner Umgebung verlautet, bei ihm immer mehr die Lieberzeugung Platz gefasst, dass er doch nicht länger mehr mit Erfolg gegen den Strom der öffentlichen Meinung ankämpfen kann. Mehr und mehr empfindet er im Misstrauensantrag das Bedürfnis nach besondrer Hilfe, wie sie hochbetagte Leute zu lieben pflegen. Wabnitz gegenüber wie andere Ressortinhaber, welche, was ihre Lieberzeugung anbelangt, häufig gerade sein lassen, ist er auf keinen Fall geneigt, den Anforderungen der Neuzeit im Sinne des Kaisers Rechnung zu tragen. Herr v. Wabnitz hat nachgerade einsehen müssen, dass das von ihm verfolgte System den Anforderungen der Zeit nicht mehr entspricht, und wird man in absehbarer Zeit ernsthaft mit seinem Misstrauensantrag rechnen müssen. Bismarck wird bereits die Frage seiner Unverletzlichkeit vertritt. Unter andern glaubt man annehmen zu dürfen, der General Goltz, Chef der Eisenbahnpolizei, werde vielleicht an seine Stelle treten. Allen eine solche Wahl muß aus verschiedenen Gründen angezweifelt werden. Der Konjunktur eröffnen sich in dieser Beziehung also die weitestgehenden Perspektiven.

Man schreibt uns aus Berlin: Allgemein wird die plötzliche Wiederaufnahme des Pazifikvertrages als ein glücklicher Fehler des Reichskanzlers angesehen. Besser wäre es im Sinne einer vorliegenden Politik gewesen, die Maßregel, die auch sehr viel Unheil gewirkt, überhaupt nicht ernst aufzuheben, um jetzt unter dem Einfluss glücklicher Umstände über Nacht wieder darauf zurückzugehen. Fürst Bismarck hat aber die andere Seite gesehen, welche bei der Verhängung des Pazifikvertrages mitgewirkt, haben in der That guten Grund, sich über diese überzogene Unklarheit ironisch die Hände zu reiben, da die Maßregel jedenfalls einen bemerkenswerten Mangel an politischer Stetigkeit behauptet. Denn nach Maßgabe der uns zugänglichen Informationen wird niemand mehr bezweifeln können, dass sich die Wiederaufnahme des Pazifikvertrages der letzten pariser Vorgängen wie Wirkung und Ursache verhält. Der Maßregel ging eine längere Konferenz des Kaisers und des Generals v. Caprivi voraus, an welcher auch Herr v. Marschall und Herr v. Hoffstein teilnahmen.

Die Entscheidung über die Sterrergelobverträge wird jedenfalls erst nach Ostern erfolgen. Von dem Zusammenzutreten der Kommission verstanden immer noch nichts, aber auch wenn dieselbe demnächst zu ihrer ersten Sitzung einberufen werden sollte, wird doch das Plenum des Abgeordnetenhauses vor Ostern nicht mehr in die Lage kommen, in die





